

Wahlprüfstein

Deutscher Naturschutzring e.V. (DNR)

Thema 1: Klima/Energie

Sollte die Schuldenbremse auf Bundesebene so reformiert werden, dass ausreichend Investitionen in Klimaschutz und -anpassung und die öffentliche Infrastruktur möglich werden?

Ja. Die Reform der Schuldenbremse ist für uns kein Selbstzweck, sondern dient zur ausreichenden Finanzierung der vordringlichen Aufgaben unserer Zeit. Dazu zählen ausreichende Investitionen in Klimaschutz, in Klimaanpassung an die bereits jetzt unvermeidlichen Folgen des Klimawandels und in die öffentliche Infrastruktur. Darunter verstehen wir nicht nur Straßen, Schienen und Schulen, sondern auch die Stromnetze und die Wärmenetze, um ein paar Beispiele herauszugreifen. Ebenso zu diesen vordringlichen Aufgaben gehören die äußere und innere Sicherheit, die Ankurbelung und die Transformation der Wirtschaft.

Thema 2: Klima/Energie

Soll das Bundesklimaschutzgesetz wieder gestärkt und die Treibhausgasminderungsziele (2030: - 65%, 2040: - 88%, 2045: Klimaneutralität) mindestens gehalten oder erhöht werden?

Wir werden an den Minderungszielen des Klimaschutzgesetzes festhalten. Wir müssen den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter zwei Grad Celsius begrenzen und nach Möglichkeit auf den 1,5-Grad-Pfad führen. Mit Hilfe von ambitionierten Klimaschutzmaßnahmen werden wir im Rahmen eines Klimaschutzprogramms sicherstellen, dass wir neben den nationalen auch die europäischen Klimaschutzziele sicher erreichen.

Thema 3: Klima/Energie

Soll der Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere der Ausbau der Wind- und Solarenergie, gegenüber den gesetzlich verankerten Zielen verlangsamt, gehalten oder erhöht werden?

Der konsequente Ausbau der Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien ist ein zentrales Element für eine günstige, unabhängige und klimaneutrale Stromversorgung. Deshalb stehen wir für eine zügige und verlässliche Fortsetzung dieses Ausbaus. Ein Zurückfallen hinter die gesetzlich festgelegten Ziele lehnen wir ab.

Thema 4: Klima/Energie

Sollte die deutsche Industrie weiterhin auch mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden, ihre Prozesse klimaneutral umzubauen, beispielsweise über Klimaschutzverträge?

Die Klimaschutzverträge sind ein neues und innovatives Förderinstrument, um auch der deutschen Industrie den Umstieg auf Klimaschutztechnologien mit hohen Investitionsbedarfen zu ermöglichen. Dieses Instrument sollte weiter ausgebaut werden. Da die Teilnahme an dem Förderwettbewerb sehr voraussetzungsvoll ist, bedarf es daneben für kleinere und mittlere Unternehmen weiterhin eines leichter zugänglichen Förderprogramms wie der Bundesförderung Industrie und Klimaschutz (BIK).

Thema 5: Klima/Energie

Wie stellen Sie sicher, dass das fossile Heizen wie EU-rechtlich vorgegeben bis spätestens 2040 ausgelaufen ist? Wie stellen Sie sicher, dass die Bevölkerung finanziell nicht überfordert wird sowie vor teuren und unsicheren Lösungen wie H2 geschützt ist?

Wir wollen im Gebäudebereich stärker auf gemeinschaftliche Lösungen setzen, also konkret auf klimaneutrale Wärmenetze, um ganze Stadtteile zu erreichen. Doch überall da, wo eine solche kollektive Lösung nicht möglich ist, werden wir einkommensabhängig unterstützen, beispielsweise mit sozialem Wärmepumpen-Leasing und weiteren, niederschweligen Förderangeboten für besonders betroffene Menschen, die etwa in alten unsanierten Häusern leben.

Thema 6: Klima/Energie

Soll die „Bundesförderung für effiziente Gebäude“ für die energetische Gebäudesanierung gegenüber dem jetzigen Stand gesenkt, gehalten oder erhöht werden?

Damit sich alle Menschen unabhängig vom Einkommen und Vermögen Klimaschutz leisten können, werden wir die „Bundesförderung für effiziente Gebäude“ weiter ausbauen und stärker sozial staffeln.

Thema 7: Klima/Energie

Welche Maßnahmen sind notwendig, um den europaweiten Emissionshandel für Gebäude und Verkehr im Jahr 2027 für Verbraucher*innen sozial und ökonomisch verkraftbar zu halten?

Der bereits gesetzlich beschlossene CO₂-Preis pro Tonne von 55 Euro in 2025 und maximal 65 Euro in 2026 gilt. Wenn ab 2027 die europäische Regelung in Kraft tritt, werden wir durch geeignete Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene (zum Beispiel Klimageld) dafür Sorge tragen, dass niemand überfordert wird. Damit die Bürgerinnen und Bürger zügig auf klimafreundliche Technologien umsteigen können, bedarf es gezielter Förderungen. Wir wollen die Förderangebote des Staates deshalb zielgerichteter auf Menschen mit kleinem Geldbeutel ausrichten, die sich ohne Unterstützung die Umstellung auf klimafreundliche Technologien nicht leisten können.

Thema 8: Klima/Energie

Sollte der europäisch geeinte Beschluss zu den CO₂-Flottengrenzwerten abgeschwächt, mögliche Strafzahlungen ausgesetzt oder das Jahr 2035 für ein weitgehendes Ende der Zulassung neuer Pkw mit Verbrennungsmotoren in Frage gestellt werden?

Wir setzen uns dafür ein, dass die deutschen Automobilhersteller aktuell keine Strafzahlungen im Zusammenhang mit den CO₂-Flottengrenzwerten an Brüssel leisten müssen. Diese Mittel werden jetzt für Investitionen in klimafreundliche Fahrzeuge und die Sicherung von Arbeitsplätzen gebraucht. Wir werden mit der EU-Kommission in Verhandlungen treten, die Ziele beizubehalten, aber den Weg dorthin pragmatischer zu gestalten.